



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

**Rezension von: Rietmann, Tanja, "Liederlich" und "arbeitsscheu". Die
administrative Anstaltsversorgung im Kanton Bern (1884-1981),
Dissertation der Universität Bern, Zürich 2013**

Weber, Gianna Virginia

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-109515>

Journal Article

Originally published at:

Weber, Gianna Virginia (2014). Rezension von: Rietmann, Tanja, "Liederlich" und "arbeitsscheu". Die administrative Anstaltsversorgung im Kanton Bern (1884-1981), Dissertation der Universität Bern, Zürich 2013. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte (Revue suisse d'histoire), 64(2):341-342.

Schweizergeschichte / Histoire suisse

Heinrich Bullingers Briefwechsel, Bd. 15: Briefe des Jahres 1545, bearbeitet von Reinhard Bodenmann, Alexandra Kess und Judith Steiniger, Zürich: TVZ-Verlag, 2013, 746 Seiten.

Seit dem Jahre 1973 erscheinen die Bände des Heinrich-Bullinger-Briefwechsels, der einer der bedeutendsten und vielfältigsten Quellen für die Geistes-, Sozial-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte des 16. Jahrhunderts darstellt. So umfasst doch der noch erhaltene Briefwechsel Heinrich Bullingers rund 12 000 Briefe, übertrifft also Philipp Melanchthon mit einer Korrespondenz von 10 000 Briefen bei weitem. Das monumentale Editionsprojekt wird vom Institut für Schweizerische Reformationsgeschichte an der Universität Zürich verantwortet und vom Schweizerischen Nationalfonds sowie von der Zürcher Landeskirche finanziert.

Der 15. Band des Heinrich-Bullinger-Briefwechsels übertrifft die vorangehenden Bände ein weiteres Mal, einerseits vom Umfang, andererseits von der qualitativen Gestaltung her. Während die Bände bis zum Jahr 1543 die historisch-kritische Edition von 100 bis 200 Briefen pro Jahr umfassten, beinhaltet der Band zu den Briefen des Jahres 1544 bereits 227 Briefe und derjenige zum Jahre 1545 gar deren 259. Dabei ist es augenfällig, dass manche Briefe von überdurchschnittlichem Umfang sind, so dass die Bearbeitungszeit weit aufwendiger war. Dazu kommt eine qualitative Veränderung gegenüber allen früheren Bänden: Um die Briefe einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird ihr Inhalt erstmals nicht mehr in regestartiger Weise, sondern anhand von ausführlichen Zusammenfassungen dargestellt. Dies soll vor allem dem Umstand Rechnung tragen, dass heutzutage nur noch wenige Benutzer die Möglichkeit haben, lateinische und frühneuhochdeutsche Quellen zu lesen. Der Anmerkungsapparat orientiert sich an den bisherigen Gepflogenheiten; geboten wird einerseits ein Apparat mit sprachlichen, textkritischen und editorischen Hinweisen, andererseits der zweite Apparat mit den zum Textverständnis notwendigen Angaben sowie weiterführenden Literaturhinweisen.

Von den 259 Briefen des Jahres 1545 werden deren 42 nur anhand einer Zusammenfassung dargeboten, da sie in gut zugänglichen Quellen und in ausreichender Qualität bereits ediert worden sind. Insgesamt wurden 68 Briefe in Zürich verfasst, sind also von Bullinger selbst, und 191 Briefe wurden nach Zürich geschickt, wobei 81 Briefe aus Deutschland, 84 aus der Eidgenossenschaft stammen. Weiter kamen Briefe aus Frankreich, den Drei Bünden und ihren Untertanenlanden, Holland, Mähren, Italien usw. Beherrscht wird der Briefwechsel des Jahres 1545 – insgesamt sind 80 Korrespondenten in den Briefwechsel mit Bullinger involviert – von Ambrosius Blarer (Konstanz), Johannes Gast (Basel), Oswald Myconius (Basel) und Joachim Vadian (St. Gallen). Bemerkenswert ist es aber, dass 28 neue Korrespondenten auftauchen. Dies ist sehr wohl auch ein Hinweis darauf, inwiefern Bullinger seit dem Erscheinen des *Wahrhafften Bekanntnuß der dieneren der kilchen zu Zürych* (1545) die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Manche der

Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft mündete. Loosli, so Gerson abschliessend, «gehörte zu den wenigen europäischen Denkern, die vor dem Völkermord an den Juden und den Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg diese Zusammenhänge erkannt und öffentlich vor den katastrophalen Folgen gewarnt haben» (S. 93).

Der Berner Prozess gegen die *Protokolle der Weisen von Zion* steht im Zentrum des Textes von Michael Hagemeister. Loosli war an dem Prozess als einer von drei Gutachtern beteiligt. Nach grundlegenden Informationen über die Protokolle, die eine jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung implizieren, und einem Abriss zum Berner Prozess, geht Hagemeister auf Looslis Gutachten ein. Die Rolle Looslis beschreibt er als tragisch und gespalten zwischen der offiziellen Aufgabe «Entstehung und Inhalt der Protokolle mit wissenschaftlichen Mitteln sorgfältig zu erforschen» und seiner eigenen Absicht, «die Protokolle zu diskreditieren und die breite Öffentlichkeit auf antisemitische Propaganda aufmerksam zu machen» (S. 111).

Der abschliessende Text von Martin Uebelhart behandelt Loosli als Erziehungs- und Bildungstheoretiker im Sinne einer «demokratischen Erziehung» (S. 117) und geht nach einer Hinführung zum Konzept der Demokratischen Erziehung über John Dewey bis zur Frankfurter Schule auf Looslis Kritik an der antiautoritären Erziehung ein. Das Ziel der Erziehung nach Loosli muss sein, den Menschen «lebenstauglicher» (S. 127) zu machen, die Schule soll «politisch, konfessionell und kulturell neutral» (S. 130) sein und Offenheit vermitteln. Looslis Vermächtnis liegt für Uebelhart in den zwei Schlüsselbegriffen «mündige Mitmenschlichkeit sowie Zivilcourage» (S. 133).

Der Sammelband schafft es, Motive und Strategien von Looslis gesellschaftspolitischen Engagement zu beleuchten und die Aktualität von Looslis Schriften anschaulich aufzuzeigen. Beide Betätigungsfelder, Loosli als «Anstaltsfeind und Judenfreund», werden skizziert, wenn auch Looslis Haltung zu den Juden im Vergleich eher zu kurz gekommen ist. Trotzdem bietet das Buch einen wichtigen Beitrag und eine wertvolle Grundlage für eine weitere historische Beschäftigung mit Carl Albert Loosli. *Sabina Bossert, Zentrum für Jüdische Studien, Basel*

Tanja Rietmann, «Liederlich» und «arbeitsscheu». Die administrative Anstaltsversorgung im Kanton Bern (1884–1981). Zürich: Chronos Verlag, 2013, 381 Seiten, 37 Abbildungen.

Mit Tanja Rietmanns Dissertation erscheint ein wertvoller Beitrag zur politisch höchst aktuellen, bisher jedoch, gerade im Hinblick auf die administrative Anstaltsversorgung von Erwachsenen, erst punktuell erforschten Geschichte fürsorglicher Zwangsmassnahmen in der Schweiz. Als Pionierleistung zu erwähnen gilt es insbesondere die Dissertation von Sabine Lippuner für den Kanton Thurgau.² Rietmanns darauf aufbauende Untersuchung ist nicht zuletzt deshalb interessant, da eine der zentralen Herausforderungen in diesem Forschungsfeld in den z. T. erheblichen Unterschieden im föderalistisch organisierten Fürsorgesystem liegt. Bei der genannten Versorgungsform handelt es sich um ein repressives, armenpolitisches Instrument, welches mit Ausnahme von Genf in sämtlichen Kantonen bis weit ins 20. Jahrhundert als probate Fürsorgepraktik galt.

2 Sabine Lippuner, Bessern und Verwahren. Die Praxis der administrativen Versorgung von «Liederlichen» und «Arbeitsscheuen» in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrein (19. und frühes 20. Jahrhundert), Frauenfeld 2005.

Ausgehend vom titelgebenden Versorgungsgrund der «Liederlichkeit» und «Arbeitsscheue» geht Rietmann mit Hilfe des *labeling approach* der Frage nach, wie die politischen bzw. rechtshistorischen Debatten sowie die Praxis der administrativen Anstaltsversorgung im Kanton Bern ausgestaltet worden sind. Die Arbeit basiert im Wesentlichen auf einer beachtenswert elaborierten Rekonstruktion der Genese und Weiterentwicklung der kantonalen Versorgungsgesetze. Die Autorin zeigt dabei unterschiedliche historische Argumentationsstrategien auf, mit denen durchaus bewusste Verstösse gegen bestehende, verfassungsrechtlich verbürgte Grundrechte, wie das Erfordernis unabhängiger Gerichtsinstanzen oder das Recht auf ein Beschwerdeverfahren, legitimiert worden sind. So wirkten gemäss dem damaligen Staatsbürgerverständnis insbesondere jene MitbürgerInnen, welche sich zumeist geschlechtsspezifisch geprägten Normverstössen (u.a. ausserehelicher Geschlechtsverkehr bei Frauen, drohende Arbeitslosigkeit bei Männern) «schuldig» machten, ihr Recht auf Freiheit und wurden stattdessen zur «Nacherziehung» in Zwangsarbeitsanstalten eingewiesen. Zwar bedurfte eine Versorgung keines Straftatbestands, sie erfolgte jedoch im Sinne einer pädagogisch ausgerichteten, «präventiven» Kriminalitätsbekämpfung.

Aufgrund des weiten Spektrums solcher «sozialer Abweichungen» erwiesen sich, wie Rietmann überzeugend darlegt, die vagen Zuschreibungen «liederlich» und «arbeitsscheue» durch deren «paraphrastische Kapazitäten» (S. 45, nach Lippuner) als praktikable Versorgungsgrundlagen und vermochten es daher auch, sich nachhaltig sowohl im fürsorgerischen Diskurs als auch über mehrere Gesetzesrevisionen hinweg zu erhalten. Weniger fundiert bleibt hingegen die von der Verfasserin angestrebte Darlegung des sozialen und wirtschaftlichen Hintergrundes der Berner BefürworterInnen dieser Praxis. Ihre These, wonach die bürgerliche Oberschicht mittels ihrer überdauernden, politischen Vormachtstellung über fast ein ganzes Jahrhundert hinweg danach getrachtet habe, die Unterschicht zu normalisieren, konnte daher nicht differenzierter begründet werden.

Wie Rietmann in Kapitel 2 und 3 aufzeigt, verfügten die Berner Versorgungsanstalten über eigene Landwirtschafts- und Dienstleistungsbetriebe, in welchen sowohl für administrativ Versorgte als auch die teilweise vorhandenen Strafgefangenen ein hartes Arbeitsregime bei äusserst kargen Unterbringungsbedingungen herrschte. Der eigentliche Vollzug der Anstaltsversorgung wurde zwar ab 1913 mit «milderen» Varianten flankiert, so etwa mit einer bedingten Versorgung unter Schutzaufsicht oder einer frühzeitigen Anstaltsentlassung mit anschliessender Probezeit. Beide Massnahmen erfolgten jedoch unter steter Internierungsandrohung bei Nichteinhaltung amtlicher Weisungen.

In Kapitel 4 und 5 präsentiert die Autorin zwei Fallgeschichten, anhand welcher sie nicht nur das eingespielte institutionelle Gefüge, sondern auch die erheblichen individuellen Ermessensspielräume einzelner Akteure in der Praxis illustriert. Paralleldazu wird der nachweisbare, jedoch beschränkte Handlungsspielraum der Betroffenen aufgezeigt. So wurden Widerstandsformen, wie die zahlreichen Bittschriften oder die Missachtung behördlicher Anweisungen, einer Betroffenen als Beleg der Uneinsichtigkeit und somit der fehlgeschlagenen «Besserung» ausgelegt, was sogar zu einer Verschärfung ihrer Behandlung führte. Eine nachhaltige Verhaltensänderung wurde mit den angewandten Massnahmen in beiden Beispielen nicht erzielt. Die Auswahl dieser beiden Dossiers erfolgte geschickt, zu deren Einordnung wäre indes eine Auswertung weiterer Fallakten wünschenswert gewesen.

Kapitel 6 behandelt historische Reformpostulate, wobei u.a. Carl Albert Looslis polemische Kritik an der administrativen Anstaltsversorgung dokumentiert wird. Entsprechende Einwände sorgten zwar bereits Ende der 1930er Jahre auch in Fachkreisen für Gesprächsstoff, führten allerdings nicht zu konkreten Änderungen. In Kapitel 7 konstatiert Rietmann zunächst, dass die Forderung nach mehr Professionalisierung und Verwissenschaftlichung sowie nach einem weniger autoritären Fürsorgeverständnis, wie es das in Fachzeitschriften hochgehaltene Konzept des *social casework* versprach, in den 1960er Jahren nur inkonsequent durchgesetzt worden ist. Zu Recht ermahnt sie weiter davor, «von programmatischen Aussagen nicht automatisch auf deren praktische Umsetzung» (S. 260) zu schliessen. Daher vermag der von der Autorin im selben Zeitraum verortete «Paradigmenwechsel innerhalb der Fürsorge und Sozialarbeit» (S. 256) nicht zu überzeugen. Dies insbesondere aufgrund der in Kapitel 8 erfolgten Ausführungen, dass die eigentliche Abschaffung der administrativen Versorgung aufgrund von «Liederlichkeit» erst als späte Folge der schweizerischen Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention (1974) umgesetzt worden ist.

Insgesamt verschafft Rietmann mit ihrer klar formulierten Untersuchung fundierte Einblicke in die juristische und politische Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der kantonalen Gesetzgebung zur administrativen Anstaltsversorgung. Darüber hinaus bietet ihre Arbeit neues Grundlagenwissen zur konkreten Ausgestaltung dieser Fürsorgepraktik im Kanton Bern, sowohl vonseiten der öffentlich-rechtlichen Behörden als auch jener einiger bereits verschiedenen Betroffenen.

Gianna Virginia Weber, Universität Zürich

Marc Vaucher, «Créer, organiser, durer». Naissance et développement de l'Union des Femmes de Lausanne (1896–1916), Neuchâtel: Editions Alphil (Presses universitaires suisses), 2014 (Histoire et société), 223 pages.

Lorsqu'elles passaient la porte du petit local de la rue de Bourg 20 en juillet 1897, que pouvaient bien venir chercher les dames en visite à l'Union des Femmes de Lausanne (UdFL)? C'est probablement le plus grand mérite de Marc Vaucher que de nous faire revivre de l'intérieur les péripéties de cette discrète association féminine de Suisse romande à la fin du XIX^e siècle. Avec précision, rigueur et moult détails, l'historien lausannois retrace la vie intime aussi bien que les tentatives d'activités publiques menée par l'UdFL de 1897 à 1916. Alors que les associations féminines sont en pleine effervescence à la Belle Epoque en Suisse et ailleurs en Europe, Marc Vaucher interroge les conditions d'émergence d'une union locale dont il présente les élans, les contradictions et les échecs.

Créée en 1896 en marge du premier Congrès suisse des Intérêts féminins organisé dans le sillage de l'Exposition nationale de Genève, l'UdFL apparaît dans un contexte social marqué par la modernité et le changement des mentalités à l'égard des femmes. Sans complaisance, Marc Vaucher montre comment ce climat d'ouverture n'était pas seulement favorable aux membres de l'UdFL, mais que nombre d'entre elles n'ont pas vécu si facilement le fait d'organiser un espace indépendant à ceux des hommes. Cette «nouvelle posture transgressive de l'ordre établi» n'est donc pas uniquement le fruit d'une «dynamique associative favorable». La religion, les besoins de formation des nouvelles professions typiquement féminines, les aspirations issues d'une nouvelle conception des femmes sont autant de facteurs structurels de l'émergence de l'UdFL emmenée par 54 femmes en 1897 et qui comptera jusqu'à 227 membres en 1905.